

vereitelt worden war, erzählte Schlappner mit ungewohnt leiser Stimme: „Für uns war mit dem Tor ja alles klar, und für die Leit aach, aber dann stand da draußen ein Männlein...“ Der Rest ging im Gelächter der Zuhörer unter.

„Ich kann's Maul nicht halten“, gibt Schlappner („Ich kämpfe gegen die Null-Bock-Typen“) treuherzig zu. „Ich muß auch immer brüllen, wenn einer meiner Spieler kunstvoll die Eichhörnchen-Nester auf der Torlatte runterschießt, der soll lieber voll draufhalten, dann schlägt's auch mal ein.“

Nach einem weiteren Jahr bei Waldhof Mannheim will der Mundart-Trainer auch bei einem Klub trainieren, „wo hochdeutsch gebabbelt wird“. Denn neidische Kollegen vermuten, daß einer wie Schlappi nur in Mannheim und Umgebung tragbar sei. „Spätestens nächste Saison steigen die doch ab“, prophezeit Bayerns Lattek. „Dann ist doch die Biertisch-Masche vom Schlappi abgelaufen.“

UMWELT

Plopp, plopp, plopp

Gerichte ließen Tennisplätze und Fußballstadien schließen, ein Bonner Gutachten stellte den Sport als Umweltsünder ins Abseits.

Einmal hatte der Kläger den Tennisclub in Kettenheim mitbegründet. Dann war er im Streit ausgetreten und klagte gegen seine früheren Sportkameraden. Ein Mainzer Gericht folgte ihm und schloß drei Tennisplätze des Vereins wegen der Geräuschplage.

Der „Raum für den Sport ist durch verstärktes Umweltbewußtsein der Bürger begrenzt worden“, erkannte Willi Weyer, Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB). Der Sport wird nicht mehr „unbegrenzt expandieren können“. Eine Kette von Urteilen gegen Sportanlagen hat schon zur Konfrontation geführt. DSB-Funktionär Harald Pieper fürchtet, daß der „Breitensport zur Umweltplage degradiert“ worden sei.

Auch der Fußballbundesligaklub SV Waldhof Mannheim soll seinen Stadionausbau stoppen. Zahlreiche Anwohner wehren sich gegen Lärm und Flutlicht in ihrem Wohngebiet. Nahezu die Hälfte der veranschlagten 5,13 Millionen Mark sind bis jetzt offenbar nutzlos verbaut worden.

In Hamburg klagte Nanni Schwarz, 82, gegen die Bezirkssportanlage Tegelsberg. Das Hamburger Verwaltungsgericht knipste die Lautsprecher ab und läßt Startpistolen nur noch stundenweise zu. Eine einstweilige Verfügung erzwang

* Sprech- und Schußprobe beim Ortstermin auf der Hamburger Bezirkssportanlage Tegelsberg.

1982 schon die Verlegung der Hamburger Senioren-Meisterschaften.

Das Oberlandesgericht Hamm dämpfte sogar die Lautsprecher im Gelsenkirchener Parkstadion, das erst zur Fußball-WM 1974 errichtet worden war und in dem Schalke 04 seine Heimspiele austrägt. Den gemessenen Höchstwert von 70 Dezibel bei Lautsprecher-Ansagen müssen die Anwohner nun nicht länger „als ortsüblich hinnehmen“, zugelassen sind künftig allenfalls 55 Dezibel.

Vor allem das unaufhörliche „Plopp-plopp“ aufprallender Tennisbälle, Flutlicht, Lautsprecher und Startpistolen behelligen vielfach die Nachbarschaft von Sportarenen. Verständlich, wenn sich der Hausabstand zum nächstgelegenen Tennisplatz auf vier Meter verkürzt: Im Fall der TSG Slitisa im osthessischen Schlitz schloß der Bundesgerichtshof zugunsten der Klägerin die Anlage, weil „die Geräusche des Tennisspiels die Benutzung ihres Grundstücks wesentlich beeinträchtigen“.

In 16 Fällen haben bislang Bürger seit 1980 mit juristischer Hilfe Tennis-, Fußball- und Leichtathletik-Stadien in ihrer Nutzung eingeschränkt oder „von einer Sportanlage zur Sportbrache geklagt“, wie Jochen Kühl, der Rechtsberater des DSB, bei einem Expertengespräch in der Kölner Thomas-Morus-Akademie kritisierte.

Richter müssen immer häufiger die Spannung zwischen ruhe- und bewegungsbedürftigen Bürgern, den Konflikt zwischen zwei Grundgesetzartikeln, lösen: Dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (und sei es auf dem Tennisplatz) steht die Garantie des Eigentums sportplatzgeschädigter Anwohner entgegen. Nicht immer, rügen Vertreter

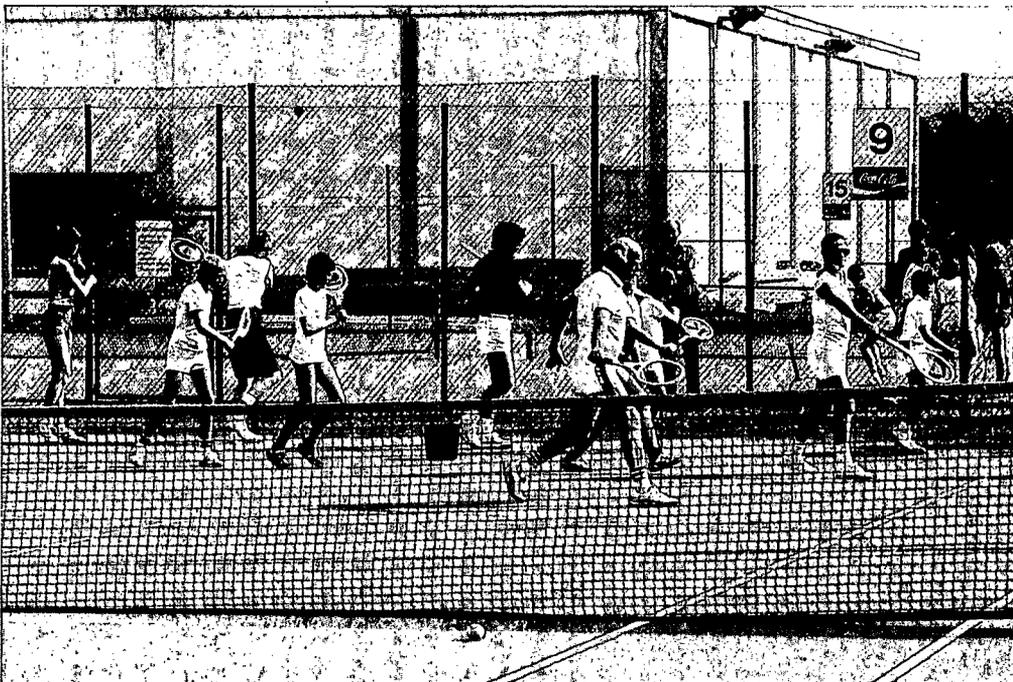


Sport mit Megaphon und Startpistole*
„Knalleffekt“ und „Erotische Dusche“

des Sports, urteilen die Richter mit gleichem Maß.

Bei Saarbrücken mußte ein Tennisplatz schließen; ein Privatzoo mit Wolfsgehege dagegen, der auf das Wohngebiet höhere Geräuschgrade ausstrahlte, blieb unbeanstandet. „Die Hälfte der Deutschen treibt Sport, 30 Prozent der Deutschen sind im DSB organisiert“, wunderte sich Dr. Falk Billion vom DSB, „aber in den Gerichten und Umweltgremien sitzt davon keiner.“

Dabei mangelt es immer noch an einer juristisch handlichen Definition von Ge-



Tennisunterricht im Wohngebiet: „Zur Umweltplage degradiert“

räuschen, die bei der Sportausübung entstehen, und an einer Abgrenzung etwa zu Flug-, Verkehrs- und Baulärm. Wenn, wie in Urteilen geschehen, Baumrassen und Kreissägen mit dem Aufprall von Tennisbällen gleichgesetzt werden, bleibt unberücksichtigt, daß Geräusche unterschiedliche Empfindungen auslösen, die nicht in Dezibel zu messen sind.

Verschiedene Experten bezeichneten die Wahrnehmung von auftretenden Tennisbällen mal einfach als „plopp“, dann als „Knalleffekt“, verglichen sie aber auch mit einem „tropfenden Wasserhahn“ oder brachten sie gar als „erotische Dusche“ in die Rechtsliteratur ein. DSB-Justitiar Kühl machte eine Tendenz aus, als im Falle des Parkstadions zunächst neutral von „Geräuschen“ die Rede gewesen war; in der folgenden Instanz aber durch das Wort „Lärm“ eine Art Vorverurteilung versucht worden sei.

Mit seinem Anspruch auf Platz „beigt sich der Sport in ein Konfliktfeld“, beschrieb Dr. Stefan Summerer vom Umweltbundesamt in Berlin die Lage im „Konkurrenzkampf um die letzten städtischen Freiflächen“.

Das Innen- und Landwirtschaftsministerium in Bonn setzten eine Experten-Gruppe auf das Umwelt-Problem an. Sie erarbeiteten ein Gutachten unter dem anspruchsvollen Titel „Aktionsprogramm Ökologie“ und hörten dazu, wie die Schrift mit Genugtuung verzeichnet, Repräsentanten der „wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen“. Der Sport als größte Gruppe mit mehr als 18 Millionen Mitgliedern im DSB gehörte nicht dazu.

Forsch markierten die Experten von Sportanlagen ausgehende „negative Auswirkungen auf die Umwelt und die Regionalstruktur“. Überhaupt sei der Sport ein „Hätschelkind der Kommunalpolitik“. Sogar Radfahren stünde in Gefahr, „zur Umweltbelastung“ zu werden. Als er auch „Kinderspielplätze mit Rummelplätzen in einem Atem genannt“ fand, empörte sich der frühere Mittelstrecken-Rekordler Dr. Franz Josef Kemper, inzwischen Sportreferent im hessischen Sozialministerium, „bin ich fast vom Stuhl gefallen“. Der bündige Vorschlag der Gutachter: Sportstätten künftig abreißen.

„Spielraum ist Lebensraum“ hielt DSB-Präsident Weyer dagegen, „und den lassen wir uns nicht wegnehmen.“ Denn eine „Gesellschaft, die das Lachen von Kindern nicht mehr erträgt, ist eine tote Gesellschaft“. Unter dem „Vorwand des Umweltschutzes“, wählte DSB-Funktionär Billion, werde im Gutachten „sportfeindliche Ideologie propagiert“.

Aber auch der Sportsprecher der Unions-Fraktion im Bundestag, Heinz Schwarz, erklärte: „Wir sind nicht bereit, den Sport zu opfern“, denn dahinter verberge sich auch Kinderfeindlichkeit. Urteile könnten „morgen Kinderspiel-

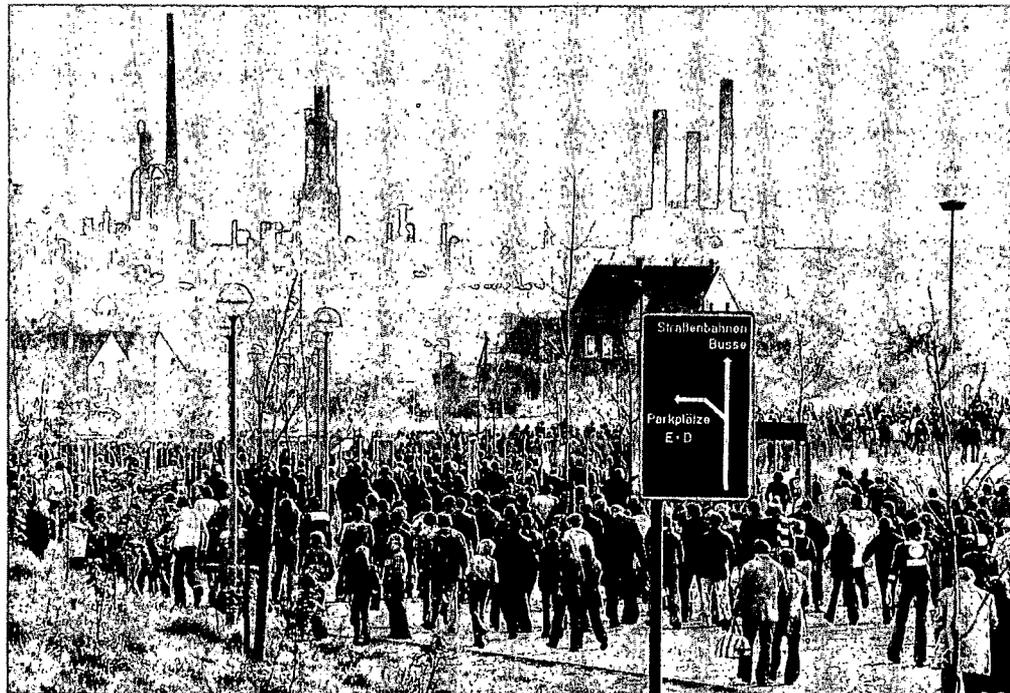
plätze treffen“. SPD-Sportsprecher Peter Büchner warnte vor „Hysterie gegen den Sport“.

Künftig will der DSB das Umweltbewußtsein schärfen helfen; er möchte aber auch beteiligt werden, wenn Gemeinden neue Anlagen planen. Im Mai wird der DSB seine umweltpolitischen Grundsätze verabschieden. Aber daran hält die Sportlerfraktion fest: „Eine Mehrheit will den Sportplatz um die Ecke“ (Kemper).

Denn Sportanlagen aus reinen Wohngebieten herauszuoperieren und ins Umland zu verlegen, bewirkt – außer den Kosten – neue Umweltbelastungen: Die Planer müssen ein weiteres Stück von Wald und Flur abknapsen und Straßen durch die Landschaft ziehen. Die räum-

Auch die Bundesregierung verwahrte sich gegen die Sportvorurteile in ihrem „Aktionsprogramm Ökologie“. Die „Bundesregierung beabsichtigt keineswegs, den Empfehlungen blindlings zu folgen“, sicherte Carl-Dieter Spranger zu, Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium. Die Probleme seien teilweise „sehr verkürzt und einseitig dargestellt“ worden.

Sollte die Rechtsprechung weiterhin „Sportausübung in Wohngebieten untersagen“, kündigte Spranger an, müsse man gemeinsam Wege finden, damit nicht „Teilbereiche des Sports zum Erliegen kommen“. Schließlich „haben Bund, Länder und Gemeinden Milliarden in die Förderung von Sportstätten gesteckt“.



Zuschauer im Gelsenkirchener Parkstadion: „Hysterie gegen den Sport“

liche Trennung zieht zusätzlichen Energieverbrauch, mehr Luftverschmutzung und Lärm nach sich.

Deshalb sollten die Bürger lieber Sportlärm wie alltäglichen Betriebskrach, Verkehrs- und Flugschall hinnehmen. Nötigenfalls werde der DSB fordern, „Gesetze und Verordnungen den Bedürfnissen des Sports“ anzupassen, „um den lebensnotwendigen Spielraum bürgernah zu sichern“. Doch das braucht Zeit.

In dem noch nicht endgültig entschiedenen Fall der Bezirkssportanlage Tegelsberg verbuchte der Hamburger Sportbund einen Teilerfolg. Das Obergericht sperrte einen Richter wegen Befangenheit; er war namens seiner Schwiegermutter zuvor bereits einmal gegen eine andere Sportanlage aufgetreten. „Die Aussichten stehen nicht schlecht“, versicherte Peter Sielaff vom Hamburger Sportamt.

Im Februar zerpflückte die Deutsche Sportkonferenz (DSK), in der Vertreter des Sports zusammen mit Politikern aus Bund und Ländern beraten, das Gutachten. Sport trieben keineswegs nur „sportive, aktive, dauerjüngliche Menschen“, sondern zunehmend auch Senioren, Behinderte und vor allem Gesundheitstrimmer. „Die für das Leben der Gesellschaft wichtige Sport- und Spiel Gelegenheit“, heißt es in der einstimmig verabschiedeten DSK-Empfehlung „darf den oft überbewerteten Einzelinteressen nicht zum Opfer fallen.“ Überall wo Sportplätze entstehen, tauchen Kläger auf.

Doch inzwischen servierte ein Berliner Tennisgegner einen neuen Aufschlag: Er erhob Klage wegen der Geräusche, die aus einer Tennishalle dringen. Die Anlage des TV Grün-Weiß Nikolassee in Zehlendorf war erst 1980 errichtet worden – entsprechend den Auflagen der Lärmschutzverordnung. ◆